



## EntschlieÙung:

### **Altschulden und Coronalasten der Kommunen in NRW**

Die Kommunen in Nordrhein-Westfalen waren und sind in der Corona-Pandemie ein zuverlässiger und kompetenter Partner von Bund und Land. Wegen des von der Pandemie verursachten wirtschaftlichen Abschwungs, des Ausfalls von Einnahmen und der deutlich erhöhten Ausgaben gehen ihnen dadurch bedingt die in den letzten Jahren mühsam erreichten finanziellen Handlungsspielräume wieder verloren.

Bereits jetzt ist abzusehen, dass die ohne Zweifel wertvollen Unterstützungen und Hilfen von Bund und Land die Mehrausgaben und Einnahmeverluste durch die Corona-Pandemie aber nicht auffangen werden.

Darüber hinaus lasten gerade auf vielen Kommunen in NRW die Altschulden weiter schwer. Die Chance, die Leistungsfähigkeit des kommunalen Dienstes in den durch die Strukturkrisen vergangener Jahrzehnte verschuldeten Städten langfristig zu sichern, ist verpasst worden. Der mühsam erreichte Handlungsspielraum vieler kommunaler Haushalte wird wieder deutlich enger werden, ihre Leistungsfähigkeit wieder stärker eingeschränkt.

Dabei brauchen die Kommunen in den kommenden Jahren ein „Mehr“ an qualifiziertem Personal, an finanziellem Handlungsspielraum und an Investitionsmöglichkeiten für das Gesundheitswesen, die Bildung, die Mobilität, den Klimaschutz und die Digitalisierung, um nur einige Bereiche zu nennen.

Deshalb fordert die komba gewerkschaft nrw die Landesregierung auf, in Ergänzung zu dem Konjunkturpaket der Bundesregierung und der Corona-Hilfen, eine Lösung zum Abbau der kommunalen Altschulden für die betroffenen Kommunen zu entwickeln und umzusetzen.



## Entschießung:

### **Gesundheitswesen: Daseinsvorsorge statt Profit**

Das Gesundheitswesen leidet. Entscheidungen werden seit Jahren nicht aus rein medizinischen Gesichtspunkten, sondern vor allem aus betriebswirtschaftlichen Gründen getroffen. Eine Vorgehensweise zum Nachteil der Patientinnen und Patienten sowie der Pflegekräfte.

#### **Gesundheit ist kein Wirtschaftsfaktor!**

Seit Mitte der 1980er-Jahre zog sich der Staat aus der Finanzierung des Gesundheitswesens zurück. Beweggründe dafür waren, Ausgaben zu minimieren und die „Wettbewerbsfähigkeit“ zu erhöhen. Im Zuge dessen wurden Krankenhäuser zunehmend privatisiert. Die Länder, die nach der dualen Krankenhausfinanzierung für Investitionen (bauliche und medizinisch-technische Infrastruktur) zuständig sind, zogen sich immer mehr zurück. Dieser staatliche Rückzug musste seitdem durch Einsparungen bei den Betriebs- und somit bei den Personalkosten – stets zulasten der Patientinnen und Patienten – abgedeckt werden.

Verschärft wurde die Situation 2004 durch das Fallpauschalen-System (Diagnose Related Groups-, kurz DRG-System). Handlungsmaxime des Modells ist es, Kosten mit Hilfe von Festpreispauschalen – abhängig von der Diagnose – zu senken. Diese rein kostenorientierte Denkweise veränderte die Krankenhauslandschaft und führte zu einem kontinuierlichen Personalabbau. Auch eine Kombination aus Fallpauschalen und Pflegebudget konnte die angespannte Situation nicht grundsätzlich lindern.

Inzwischen ist sicher, dass im Laufe der Jahrzehnte eines vergessen wurde: Gesundheit ist Daseinsvorsorge und kein Wirtschaftsfaktor!

#### **Personalabbau durch Ökonomisierung**

Besonders betroffen von den strukturellen Veränderungen sind diejenigen, die wesentlich zur Versorgung und Genesung der Kranken beitragen: Das Pflegepersonal. Folge der jahrzehntelangen Sparpolitik sind mehr Bürokratie, weniger Zeit für die

Patientinnen und Patienten, ein hohes Arbeitspensum bei gleichzeitigem Personalabbau sowie gesundheits- und belastungsbedingte Ausfälle. Die Pflege wurde kaputtgespart. Die Attraktivität des Berufsbildes leidet. Versuche, die angespannte Situation beispielsweise durch Personaluntergrenzen zu lindern, beheben die Ursache nicht.

### **Klares Bekenntnis zur Daseinsvorsorge**

Es hat sich als falsch erweisen, rein wirtschaftlichen Prämissen zu folgen. Die Komba Gewerkschaft NRW fordert daher ein klares Bekenntnis zur Daseinsvorsorge und damit die Rekommunalisierung der Krankenhauslandschaft. Die Negativfolgen der Ökonomisierung sind abzubauen. Das duale Finanzierungssystem muss auskömmlich, nachhaltig und verlässlich sein.

Die Corona-Pandemie hat in besonderem Maße den Stellenwert eines funktionierenden Gesundheitssektors und gleichzeitig die Verwundbarkeit des Systems gezeigt. Die Bedeutung von Pflegekräften ist nicht mit Applaus, sondern einzig mit verbesserten Arbeits- und Rahmenbedingungen wertzuschätzen.



## EntschlieÙung:

### **Mobiles Arbeiten - Chancen und Risiken**

Homeoffice und mobiles Arbeiten erlauben es Beschäftigten, von überall und zu jeder Zeit zu arbeiten. Dies eröffnet nicht erst vor dem Hintergrund der Corona-bedingten Herausforderungen Chancen, birgt jedoch auch Gefahren. Einerseits trägt mobiles Arbeiten zu einer Verkürzung der Pendelzeit, vereinzelt zu Nachhaltigkeitseffekten, einer größeren Arbeitszeitautonomie und der Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei. Andererseits führt es häufig zu einer Entgrenzung von Beruf und Privatleben, einer Verlängerung der Arbeitszeit und einer Intensivierung der Arbeit, die hohen Stress und negative Folgen für die Gesundheit und das Wohlbefinden der Beschäftigten verursachen können.

Für die Akzeptanz des mobilen Arbeitens ist es unerlässlich, Lösungen für die bestehenden Praxisprobleme aufzuzeigen. So bestehen rechtliche und praktische Probleme im wichtigen Bereich des Arbeitsschutzes und deren Überwachung und Einhaltung. Hierbei stellen sich relevante, über die reine Arbeitszeiterfassung hinausgehende Fragen zur Anwendung und Anwendbarkeit der Vorgaben des Arbeitsschutzgesetzes und der Arbeitsstättenverordnung im Homeoffice oder an mobilen Arbeitsorten. Es gibt diverse arbeitsrechtliche Aspekte zu beachten, u.a. mit Blick auf das Direktionsrecht des Arbeitgebers oder auf das Verfahren zur Durchsetzung des Wunsches nach und der Beendigung von mobiler Arbeit. Regelungen des Unfallversicherungsschutzes sind zu treffen. Fragen zur Ausstattung und Kostentragung des Homeoffice bzw. mobilen Arbeitsplatzes sind zu klären. Das Verhältnis von Pendler-Pauschale, Homeoffice-Pauschale und der steuerlichen Absetzbarkeit eines häuslichen Arbeitszimmers sind so zu synchronisieren, dass den Beschäftigten kein finanzieller Nachteil entsteht. Um nur einige Beispiele zu nennen.

Die komba gewerkschaft nrw unterstützt grundsätzlich die Flexibilisierung des Arbeitsortes und der Arbeitszeit und setzt sich dafür ein, dass durch eine gesetzliche Regelung auf nationaler Ebene verbindliche und verlässliche Rahmenbedingungen und damit Rechtssicherheit für die Durchführung des Arbeitsverhältnisses geschaffen werden. Hierbei sind die zahlreichen offenen arbeits-, sozial- und steuerrechtlichen Fragen, die sich im Zusammenhang mit dem Arbeiten außerhalb des Dienstortes bzw. des Betriebs stellen, klar zu regeln.

Auf europäischer Ebene bestimmen derzeit verschiedene europäische Regularien nur einzelne Aspekte zum Schutz der Beschäftigten bei Telearbeit, Homeoffice und mobilem Arbeiten. So sieht die Arbeitszeitrichtlinie eine wöchentliche Arbeitszeit von höchstens 48 Stunden einschließlich Überstunden und tägliche und wöchentliche Ruhezeiten vor. Nach der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs müssen Arbeitgeber die Arbeitszeit erfassen und überwachen. Die Richtlinie über transparente und vorhersehbare Arbeitsbedingungen verpflichtet Arbeitgeber zur Unterrichtung der Beschäftigten über die wesentlichen Aspekte des Arbeitsverhältnisses. Hierzu gehören auch der Arbeitsort und die Arbeitsmuster. Das EU-Parlament hat nun unlängst eine Entschließung verabschiedet, in der das „Recht auf Nichterreichbarkeit“ als ein Grundrecht dargestellt wird, das untrennbarer Bestandteil der neuen Arbeitsmuster im digitalen Zeitalter sei und als ein wichtiges sozialpolitisches Instrument auf Unionsebene betrachtet werden müsse, um den Schutz der Rechte aller Beschäftigten sicherzustellen.



## Entschließung:

### **Mehr Respekt, mehr Nachhaltigkeit, mehr Diversität**

Haltung zu zeigen und Werte vorzuleben wird entscheidender. Nachfolgende Generationen fordern stärker klare Positionen ein. Die komba gewerkschaft nrw möchte die Werthaltung künftig intern und mit Blick auf die kommunale Welt vorantreiben.

#### **Für mehr Respekt**

Gegenseitiger Respekt hält die Gesellschaft zusammen. Davon ist die komba gewerkschaft nrw nicht nur überzeugt, sondern lebt genau das. In den vergangenen Jahren hat sie immer wieder den mangelnden Respekt gegenüber sämtlichen Beschäftigten im öffentlichen Dienst thematisiert. In gemeinsamen Studien mit Politik und Wissenschaft lieferte sie beispielsweise wichtige Beiträge zur Erforschung von Übergriffen gegen Beschäftigte in Kommunalverwaltungen und gegen Einsatzkräfte. Damit verbunden war die Herausgabe von Handlungshilfen.

In den vergangenen Jahren hat sich einiges bewegt. Ausreichend ist das nicht. Die Gewalt nimmt zu. Respekt ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Politik, Ausbildungseinrichtungen, Arbeitgeber, Verbände und Gewerkschaften müssen gemeinsam darauf hinwirken, dass Werte deutlicher gelebt werden. Daran muss eindringlich und öffentlichkeitswirksam erinnert werden.

Die komba gewerkschaft nrw verurteilt jede Form von Gewalt. Sie fordert Arbeitgeber und Politik dazu auf, geeignete Schutzmaßnahmen zu entwickeln und umzusetzen. Bauliche, technische und organisatorische Maßnahmen müssen beschleunigt werden. Gewaltprävention muss flächendeckend Bestandteil von Aus- und Fortbildungen werden. Die notwendigen finanziellen Mittel sind zur Verfügung zu stellen. In jedem Fall muss zudem ein öffentliches Interesse an der Strafverfolgung gelten.

#### **Für mehr Nachhaltigkeit**

Eine konsequente Klimapolitik und nachhaltiges Handeln erfordert eine Strategie, die soziale, ökonomische und ökologische Aspekte ausgewogen in den Blick nimmt. In der

Agenda 2030 der Vereinten Nationen sind 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung festgehalten. Deutschland ist Mitunterzeichnerin dieses Plans. Nicht nur die Bundesregierung, sondern alle Ebenen sind aufgefordert, ihren Beitrag zur Zielerreichung zu leisten. Dazu muss das Silodenken überwunden und Möglichkeiten zur Partizipation und Identifikation geschaffen werden.

Ein ressourcenbewusstes Handeln und ein nachhaltiger öffentlicher Dienst sind entscheidende Faktoren, damit aktuelle und kommende Generationen gut leben können. Die kommunale Welt muss hier als Arbeitgeberin und als Dienstleisterin für die Bürgerinnen und Bürger Vorbild sein. Vor allem den Beschäftigten kommt eine Schlüsselrolle zu. Sie müssen in die Lage versetzt werden, mit der Thematik verbundene Aufgaben gut ausführen zu können. Die komba gewerkschaft nrw fordert daher, dass Nachhaltigkeit auf sämtlichen Ebenen handlungsleitend ist. Darüber hinaus müssen alle Facetten des Nachhaltigkeitsmanagements Teil von Aus- und regelmäßigen Weiterbildungen sein.

### **Für mehr Diversität**

Diversität zu leben ist Teil einer demokratischen Grundhaltung, der sich die komba gewerkschaft nrw verpflichtet hat. Damit verbunden ist der Anspruch, diejenigen in den Blick zu nehmen, die gesellschaftlich benachteiligt sind und deren Bedürfnisse und Ansprüche oft nicht gesehen werden.

Gelebte Diversität macht gleichberechtigte Teilhabe unabhängig von verschiedenen Persönlichkeitsmerkmalen möglich. Deshalb stellt sich die komba gewerkschaft nrw in Zukunft verstärkt die Frage, welche gesellschaftlichen Gruppen in ihren Reihen nicht repräsentiert sind und wie diese gezielt angesprochen und einbezogen werden können.

Zugleich besteht der Anspruch an die politisch Verantwortlichen im öffentlichen Dienst, alle gesellschaftlichen Gruppen bei der Werbung um Fachkräfte anzusprechen und Barrieren im Zugang zu einer Beschäftigung im öffentlichen Dienst zu reflektieren und abzubauen. Der öffentliche Dienst repräsentiert die Bürger/innen für die er arbeitet, die kommunalen Verwaltungen sind das Aushängeschild und Vorbild einer Stadt – hier müssen sich alle Bürgerinnen und Bürger wiederfinden.